



Presseinformation

Nr. 460/2011

Kiel, Donnerstag, 15. September 2011

Medien / Facebook

Wolfgang Kubicki, MdL
Vorsitzender

Günther Hildebrand, MdL
Stellvertretender Vorsitzender

Katharina Loedige, MdL
Parlamentarische Geschäftsführerin

Ingrid Brand-Hückstädt: Datenschutz und Interessen der Nutzer müssen in Einklang gebracht werden

In ihrer Rede zu **Top 20** (Keine Sanktionen für private Facebook-Seiten) sagt die medienpolitische Sprecherin der FDP-Landtagsfraktion, **Ingrid Brand-Hückstädt**:

„Die sogenannte Reichweitenuntersuchung des ULD enthielt einige offene Fragen und Formulierungen, die deutlich machten, dass das ULD bei einigen Behauptungen lediglich Vermutungen über die Vorgehensweise von Facebook hegte. Deshalb hatten FDP und CDU beschlossen, nicht nur das ULD, sondern auch Facebook vor den Innen- und Rechtsausschuss zu laden.“ Die Anhörung sei sehr aufschlussreich gewesen und der Facebook-Vertreter, Richard Allan, habe die eine oder andere technische Unterstellung des ULD erklären können. Allan habe vor dem Innen- und Rechtsausschuss aber auch erklärt, dass er es für problematisch halte, wenn Inhalte von anderen auf Websites nicht in das Produkt Facebook eingebunden werden können sollten - die Entwicklung des Internets sei schließlich eine andere, so Brand-Hückstädt.

„In der Tat – man kann Mr. Allan nur zustimmen: Die Entwicklung des Internets ist eine andere, weil auch die Entwicklung der Nutzer eine andere ist. Eine andere, als viele sie sich vorstellen oder wünschen. Aber sie ist nun mal da und wir – die Politik – können sie nicht ignorieren. Das heißt nicht, dass die FDP ab sofort eine lockere Haltung zum Datenschutz hat. Das heißt nur, dass aus unserer Sicht eine gewisse Gelassenheit im Umgang mit dem Internet und Facebook und anderen Social Networks angebracht ist, weil sich Zeiten, Menschen und Gewohnheiten ändern. Das sollten wir positiv begleiten, indem wir z.B. bessere Voraussetzungen für die Medienkompetenzvermittlung schaffen.“ Der Boykott-Appell der Bundesverbraucherministerin Ilse Aigner an ihre Kabinettskollegen sei deshalb nicht nur nicht hilfreich, sondern komplett naiv und überzogen. Auch die von Dr. Weichert geplante Insellösung für Schleswig-Holstein erscheine wegen der ungeklärten Rechtslage zum jetzigen Zeitpunkt unangemessen. Der FDP-Fraktion sei daran gelegen, dass eine Rechtsstreitigkeit zwischen zwei Parteien nicht auf dem Rücken Dritter – der Betreiber und Nutzer in Schleswig-Holstein – ausgetragen werde, erklärt Brand-Hückstädt abschließend.